



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Betrachtungen.

Daß 1926 ein Krisenjahr werden würde, hatten wir ihm schon gleich vom Anfang an angefehen. Wir schrieben damals von Sturmzeichen, die drohend am Wirtschaftshimmel aufstiegen und uns Hilfsarbeiter besonders warneten. Die Stürme sind über uns hinweggebraust, ohne daß wir Schaden genommen haben. Wir betamen am Jahresbeginn, gleichsam als Neujahrsgruß, die Kündigung des Reichstaris und im ersten Vierteljahr Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages, die uns während der drei Monate voll auf beschäftigten.

Der Verbandsvorstand hat sich über die Regsamkeit der Mitglieder während dieser Zeit aufrichtig gefreut und den Unternehmern wird die Rührigkeit unserer Mitglieder ebenfalls nicht unangenehm gewesen sein. Würde doch dadurch der Stellung der Unternehmerorganisation im Buchdruckgewerbe die Zustimmung zur Verlängerung des Reichstaris, zu der sie sich durch das Reichsarbeitsministerium (sozusagen) zwingen ließen, leichter gemacht. Sie hatte doch nun auch ein Argument, ihren Mitgliedern zu sagen oder plausibel zu machen, daß es doch nicht so einfach und leicht ist, wie einige der Herren glaubten und wohl noch glauben, mit dem Hilfspersonal umspringen zu können. Wir werden ja für 1927 wahrscheinlich dieselben oder ähnliche Ergebnisse haben und können schon jetzt, ohne uns auf weitere Prophezeiungen einzulassen, das Resultat der bevorstehenden Verhandlungen vorauslagern. Ebenfalls die Unternehmer werden wissen, wie es kommen wird, denn die Tage sind zum Glück für beide Teile vorbei, da der eine über den andern einfach bestimmen konnte. Gleichfalls mit der Verlängerung des Manteltaris ging die Verlängerung der Lohnvereinbarungen einher, die uns allerdings schwere Opfer auferlegte. Unverständlich ist unseren Mitgliedern geblieben, daß bei der verschärften Wirtschaftskrise ihr Einkommen gleich niedrig bleiben sollte. Wir hoffen und wünschen, daß auf dem Lohngebiete endlich eine Aenderung zum Besseren eintreten möge und glauben bestimmt annehmen zu können, daß selbst die Unternehmer unsere Wünsche nicht als unbescheiden ansehen werden.

Schwer hatten unsere Mitglieder während der vergangenen zwölf Monate unter der Arbeitslosigkeit zu leiden, wenn sie auch nicht in solchem Umfange davon betroffen wurden, wie in anderen Gewerben und Industrien. Immerhin hatten wir unter keineswegs leichtes Mädchen zu tragen. Trost und Hilfe war uns dabei unsere Organisation, auf die wir mit Recht stolz sein können.

Zum großen Leidwesen der Unternehmer ist unsere Familie auch noch im vergangenen Jahre gewachsen, die große Schaar der organisierten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen hat sich weiterhin vermehrt. Die, wenn auch nicht gewollte Unterstützung der Herren Prinzipale hat dazu nicht wenig beigetragen, wofür wir ihnen als höfliche Menschen auch von dieser Stelle aus den Dank aussprechen wollen. Wir sind ihrer Hilfe auch für das kommende Jahr sicher. Ihr Neujahrsgruß mit der Tariffündigung berechtigt zu dieser Annahme. Leider brauchen unsere Mitgl.: der von Zeit zu Zeit eine kleine Auffrischung, damit das natürliche Gesetz der Trägheit aufgehoben wird, und unsere Unternehmer sind so gütig, dafür in beinahe bestimmten Zeiträumen fast periodisch zu sorgen. Gemiß werden die Herren mit dem Wort des ausgerichteten Wilhelm sagen, „wir haben es nicht gewollt“, wenn sie das Resultat ihrer Bemühungen sehen; aber darauf, was sie denken und wollen, kommt es gar nicht an, der Effekt ist das Entscheidende und der befriedigt uns vollkommen. Also noch einmal den Herren unseren Dank und unseren Gruß.

Beinahe könnte es nach dem Vorgesagten so aussehen, als wenn wir durchaus zufrieden wären, keinen Grund zur Klage hätten und alles schön und nett fänden. Das ist durchaus nicht so. Bei aller Anerkennung der Arbeiten unserer treuen Mitglieder gibt es doch manches, was uns nicht gefällt. Nicht etwa nur der Verbandsleitung nicht gefällt, sondern in weiten Mit-

gliederkreisen große Mißstimmung erregt hat. Es gibt nämlich in unseren Kreisen Kollegen und Kolleginnen, die das Wort „verdienen“ gar zu groß schreiben. Es sind das Mitglieder mit dem bekannten kleinen Horizont, die über das beschränkte Blickfeld ihrer eigenen Perion nicht hinauszusehen vermögen. Wir arbeiten alle gern, freuen uns sogar der Arbeit und des Verdienstes natürlich, dürfen dabei aber doch nicht vergessen, daß wir Rücksichten auf andere Arbeitsgenossen, und zwar sehr weitgehende Rücksichten zu nehmen haben. Wenn das Wort Solidarität Sinn haben und wahr sein soll, dürfen wir durch unser Tun nicht diejenigen, die zu uns gehören, schädigen und vor allem nicht materiell schädigen, und das haben alle jene hochverehrten Kollegen und Kolleginnen getan, die im letzten Jahre, ach so gern und ach so viel, Ueberstunden geschoben haben. Wenn man jemand fragte, wollte wie gewöhnlich keiner es gewesen sein. Doch belehren uns Berichte der Vertrauensleute darüber, welch unglaublicher Unfug auf dem Gebiete der Ueberstundenhiebe getrieben worden ist. Was jene Kollegen und Kolleginnen angerichtet haben, können viele gar nicht ermessen, aber wir werden ihnen das für die Folge durch einige Bilder zeigen. Das ist das unangenehmste Kapitel des vergangenen Jahres, möge es im neuen Jahre verschwinden. Die Verbandsleitung wird durch geeignete erscheinende Maßnahmen dazu beitragen.

Nicht gut sah es 1926 im Stein- und Buchdruckgewerbe aus. Harte Arbeit hat es hier gegeben, die üblichen Kämpfe sind nicht ausgeblieben, sie haben uns nicht immer vollen Erfolg gebracht, wenn wir auch nie die Unterlegenen waren. Die Träume dieser Unternehmer sind nicht in Erfüllung gegangen, werden auch nie erfüllt werden, denn unsere Kampferprobte Mitglieder schließt sich nicht zurückwerfen. Die Stein- und Buchdrucker können sich für die nächste Zeit, sofern sie nicht rechtzeitig eintreten — in verschiedenen Orten sind sie ja schon so einseitig gewesen — auf etwas gefaßt machen. Wir sind davon überzeugt, daß es ohne harte Kämpfe nicht abgehen wird und wünschen, daß sich die Zahl der Streiter noch bedeutend erhöht. Sie allein und die Besinnung aller werden den Ausschlag geben, ob die Unternehmer wollen oder nicht. Was sonst noch war, kann hier nicht im einzelnen aufgeführt werden, wir haben ja gewissenhaft über alle Vorgänge im Verbandsleben ausführlich in den Verammlungen und kurz und bündig in unserer Verbandszeitung berichtet. Jedermann weiß, um was es geht. Unkenntnis kann nirgendwo vorhanden sein, jeder hatte die Möglichkeit sich zu unterrichten, und wird es, so hoffen wir, getan haben. Nur mit aufgekärten Arbeitern kann die Arbeit des Verbandes erfolgreich betrieben werden. Von Erfolg ist unsere Tätigkeit gewesen, erfolgreich wird sie bleiben, da niemand — wir sind des gemiß — zurückstehen wird und alle sich danach drängen, in der vordersten Reihe zu kämpfen, für sich und für die Allgemeinheit, mit einem Worte: für den Verband.

Sozialpolitischer Rückblick auf das Jahr 1926.

Es hat für die deutsche Arbeiterschaft, für ihre Stellung in der Volkswirtschaft und für ihren lebensnotwendigen Selbstschutz gegenüber den Einwirkungen der modernen Wirtschaft nach dem Kriege keine gefährlichere Stunde gegeben, als das Ende des Jahres 1923. Die Inflation hatte zu einer eben solchen Ueberfällung des realen wirtschaftlichen Wertes geführt wie zu einer Unterschätzung des höchsten Wertes, der Arbeitskraft, die man zur Zeit der Stabilisierung bei Eintritt der enormen Arbeitslosigkeit im Ueberflus zu haben meinte. Der Abbau der Sozialpolitik, wie er damals vor allem durch die Befestigung der alten Ach- und Stundenagereordnung und die Aufhebung einer Reihe Beschränkungen im Arbeitsvertrag sich zeigte, entsprach der allgemeinen psychologischen Situation. Die Erschütterung der Gewerkschaften, der Hauptträger einer jeden Sozialpolitik, schuf die äußeren Voraussetzungen

zu diesem Abbau. Wenn trotzdem in den Jahren 1924 und 1925 eine Reaktion im guten Sinne eintrat, wenn das Lohnniveau sich hob, die Arbeitszeit mindestens teilweise wieder reduziert wurde, die Sozialversicherung neue finanzielle Grundlagen erhielt, die Erwerbslosenfürsorge ausgebaut wurde, so beweist dies, wie verhältnismäßig schnell die Meinung, daß Gedeihen der Wirtschaft und Schutz der Arbeitstrast Gegenläufe bildeten, in der Idee und in der Wirklichkeit überwinden wurde.

Maßnahmen zur Linderung der Krise des Arbeitsmarktes.

Der Beginn des Jahres 1926 stand wieder unter dem Zeichen einer schweren Krise der Wirtschaft und einer noch schwereren des Arbeitsmarktes. Denn dies läßt sich rückblickend gewiß besonders hervorheben, daß die Krise der Wirtschaft, wie sie sich in der Zahl der Konturte, der Geschäftsauffichten, der Wechselproteste usw. erwies, viel günstiger verlief, viel schneller der Gefundung entgegenlag als die des Arbeitsmarktes. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 1. Dezember 1925: 673 315, der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften 10,7 Proz., der der Kurzarbeit 16 Proz. Am 15. Februar 1926 war die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 2 058 853 gestiegen. Die der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder auf 21,8 Proz., die der Kurzarbeiter auf 22,8 Proz. Damit war der Höhepunkt erreicht. Am 15. August, in der Zeit der Saison in der Landwirtschaft und im Baugewerbe, gab es aber immer noch 1 604 360 Hauptunterstützungsempfänger. Der Rückgang dauerte bis Anfang November mit 1 308 269 Hauptunterstützungsempfängern. Seitdem sind bereits wieder wesentliche Steigerungen der Zahl zu verzeichnen, während die Zahl der Kurzarbeiter immer noch, sowohl was die absolute Zahl der Kurzarbeitenden, wie, was den Umfang der Arbeitszeitverkürzung anbelangt, zurückgeht. Ein typisches Zeichen für die durch die Rationalisierung verbesserte Betriebsführung.

Die Massenerwerbslosigkeit, die ja durch die angeführten Zahlen nicht einmal im vollen Umfange ausgedrückt wird, da längst nicht alle Erwerbslosen von der Erwerbslosenfürsorge erfasst werden, machte auf sozialpolitischem Gebiete insbesondere Verbesserungen der Erwerbslosenfürsorge notwendig. Es erfolgte daher nach der letzten Erhöhung der Unterstützung im Dezember 1925 bereits am 20. Februar 1926 eine weitere Erhöhung der Hauptunterstützung für alleinlebende Ledige unter 21 Jahren um 20 Proz., über 21 Jahre um 10 Proz., für alle übrigen Unterstützten um 10 Proz. von der neunten Unterstützungswoche an. Am 1. März 1926 wurde die Kurzarbeiterunterstützung wieder eingeführt. Die besondere Notlage der Angestellten war bereits vorher, am 1. Januar 1926, durch Einbeziehung der Angestellten mit einem Jahresgehalt bis zu 6000 M. in die Erwerbslosenfürsorge anerkannt worden.

Kostandsarbeiten und Maßnahmen zwecks Arbeitsbeschaffung.

Neben den Erhöhungen der Unterstützung liefen besondere Maßnahmen zur verstärkten Förderung von Kostandsarbeiten einher, mit dem Erfolg, daß im Mai 1926 170 000 Kostandsarbeiter, rund 10 Proz. der Hauptunterstützten, gemeldet werden konnten. Eine weitere Erhöhung der Unterstützung konnte alsdann erst bei Eintritt des Winters durchgesetzt werden. Sie betrug 10 bis 15 Proz. der früheren Höhe. Besondere Maßnahmen wurden weiter durch die wachsende Zahl der Ausgesteuerten notwendig, die trotz der Verlängerung der ordentlichen Unterstützungsdauer auf 39 Wochen und der Möglichkeit, diese drücklich bis zu 52 Wochen auszudehnen, einen Eingriff des Reiches unbedingt notwendig machte. Eine Verlängerung der regulären Unterstützungsdauer lehnte die Regierung zwar ab, doch wurde im Reichstag die Errichtung der sogenannten Krisen-

fürsorge durchgeführt, die den ausgesteuerten Erwerbslosen ihre bisherigen Unterstützungssätze gewährt und gleichzeitig die Wohlfahrtsrats der Gemeinden zu 75 Proz. von den Kosten befreit.

Von den sonstigen von den Gewerkschaften geforderten Zwangsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt (Benutzungszwang der öffentlichen Arbeitsnachweise, Zwang zur Einstellung älterer Arbeiter und Angestellten) wurde bisher nichts verwirklicht, sondern nur ein Gesetz über verlängerte Kündigungsfristen für ältere Angestellte (vom 9. Juli 1926) geschaffen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichstagsausschusses und die besonderen Kreditaktionen der Regierung zur Verstärkung öffentlicher Arbeiten und Aufträge (Reichsbahn und Reichspost) können in diesem Zusammenhang nur als ein begrüßenswerter, wenn auch ungenügender Versuch staatlicher Arbeitsmarktpolitik erwähnt werden.

Lohn, Arbeitszeit und Arbeitszeitgesetz.

Die Fortschritte in der Erwerbslosenfürsorge, deren Umwandlung in eine Arbeitslosenversicherung bisher noch nicht durchgeführt werden konnte, die daher noch ebenso unter materiellen Mängeln (Bedürftigkeitsprüfung) wie unter organisatorischen Halbheiten (Gemeindeverwaltung der Arbeitsnachweise) leidet, bedeutete auch eine gewisse Sicherung für die Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Die Verhinderung des Angebots der Arbeitskraft um jeden Preis bewahrte Arbeitslohn und Arbeitszeit vor willkürlicher Unternehmerrückstufung. Die Tariflöhne, deren Durchschnitt im Dezember 1925 81,1 Pf. die Stunde betrug, konnten im allgemeinen gehalten werden. Die tatsächlich gezahlten Löhne lagen mindestens für gelehrte und angelernte männliche Arbeiter über 18 Jahre darüber. Sie betragen nach der Statistik des ADGB, vom November 1925 für die genannten Gruppen im Durchschnitt 95,8 Pf. die Stunde. Immerhin erfolgte im Jahre 1926 zweifellos ein gewisser Abbau der Leistungszulagen, der wohl nicht selten durch eine Verlängerung der Arbeitszeit ausgeglichen wurde. Ueber die Ausdehnung der Arbeitszeit gibt es wenig sichere Grundlagen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit vom November 1925 mit 56,6 Stunden ist zweifellos in einer Reihe von Gewerben im Jahre 1926 überschritten worden. Die weitestgehende Auslegung der geltenden Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 durch Zivilbehörden und der Strafjustiz schuf die äußere Möglichkeit hierzu. Bis heute ist weder eine Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens, noch die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes erfolgt. Für das erstere schenke die Konferenz der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien in London vom März 1926 einen gewissen Fortschritt zu bedeuten, obwohl die dort vereinbarten Auslegungen des Abkommens keineswegs arbeitertfreundlich zu nennen waren. Die Hoffnungen auf das neue Arbeitszeitgesetz sind durch den Ende 1926 von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes bitter enttäuscht worden. Der Inhalt dieses Gesetzesentwurfes zeigt sozial Unklarheit und so wenig positive Fort-

schritte gegenüber dem jetzigen Zustand, daß von ihm keine Hilfe zu erwarten ist. Ihm gegenüber haben die Gewerkschaften aller Richtungen einmütig die Forderung nach einem Notgesetz zur Wiederherstellung des Achtstundentages erhoben.

Sozialversicherung und Arbeitsrecht.

In der Sozialversicherung war es in erster Linie die Knappschaftsversicherung, die im Juni 1926 eine Neuordnung sowohl der Selbstverwaltung, in der der Arbeitnehmerinfluß verstärlt wurde, wie auch der Leistungen erfuhr. Die Rentenhäufung wurde beseitigt, dafür aber materielle Verbesserungen insbesondere in der Pensionsversicherung durchgeführt.

Im Arbeitsrecht war es vor allem der Kampf um die Arbeitsgerichte, der im Jahre 1926 im Vordergrund stand. Das Arbeitsgerichtsgesetz, das inzwischen im Reichstag und Reichsrat verabschiedet worden ist, bedeutet einen ganz erheblichen Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand mit seiner Zerstückelung der Zuständigkeit und des Rechtsweges. Durch dieses Gesetz wird zum erstenmal ein einheitlicher Gerichtsstand für die arbeitsrechtlichen Klagen aller Arbeitnehmer, aber auch der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschaffen. Die Arbeitsgerichte sind zwar nur in erster Instanz Sondergerichte, aber auch beim Landgericht und Reichsgericht entscheiden als Berufungs- und Revisionskörperchaften mit Laien besetzte sachverständige Kammern.

Wenn man sich über die Rückwirkungen einer Massenverlosigkeit auf die Kampfkraft der Gewerkschaften und somit auf den Einfluß der gesamten Arbeiterklasse im Staat klar ist, so kann man im Hinblick auf das Jahr 1926 sagen, daß hier trotz der furchtbaren Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht nur mancher Bedrohung der Sozialpolitik zurückgewiesen, sondern sogar mancher Fortschritt erzielt worden ist. Die Linie der Entwicklung hat sich seit Beginn des Jahres 1924 nicht mehr geändert. Sie bedeutet: Gesunde Wirtschaft nur bei gesunder Arbeitskraft. Gesunde Arbeitskraft aber nur im Schutze einer ausgedehnten und zielbewussten Sozialpolitik.

Vom Pflichtbewußtsein des Gewerkschaftsfunktionärs und der Mitglieder.

Von jeher bildeten die Funktionäre in der Gewerkschaftsbewegung die Faktoren, mit deren unermüdlicher Hilfe das riesengroße Aufgabengebiet der gewerkschaftlichen Organisationen zum Wohle seiner Mitglieder und darüber hinaus im Interesse der gesamten Arbeiterklasse bewältigt werden konnte. Man kann die Funktionäre, in eine bildliche Formel gebracht, als die Pfeiler bezeichnen, die das Dach der Organisation tragen, unter dessen Hülle die Masse der gewerkschaftlichen Mitglieder Schutz sucht und von hier den Kampf gegen Ausbeutung führt. Die Funktionäre sind die nächst höhere „Instanz“ nach den Mitgliedermassen, sind zugleich auch notwendige Verbindungsglieder zwischen Masse und Führer. Die Funktionäre sind geistig, moralisch in der Auffassung des Pflichtbewußtseins, über den Durchschnitt der Mitglieder-

massen stehende Kollegen und Kolleginnen, die das glühende Feuer der Ideen von der „Gleichheit alles dessen, was Menschenanliege trägt“ und der Erkenntnis des eigenen Kampfes zur zweckbewußten Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, auf die freistehende Schanze steigen ließ, um hier mit dem Unternehmer und in vielen Fällen mit dem noch viel stärkeren Unverstand der Massen Kampf um Kampf auszufechten und Schritt um Schritt vorwärts zu dringen.

Mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation wuchs ihre Stärke und ihr Erfolg, und wachsen in noch schnellerem Maße ihre Aufgaben. Kein Aufgabengebiet in der Gewerkschaft kann sich ausdehnen, ohne seine Rückwirkung auf die Tätigkeit des Gewerkschaftsfunktionärs auszuüben. Und so ist denn auch dem Betätigungsdrange des männlichen oder weiblichen Funktionärs heute weitestgehender Raum gelassen. Ja, man kann heute mit Recht von einer Ueberlastung fast jedes Funktionärs reden, denn zu dem persönlichen Wollen und der geistigen Befähigung tritt jetzt in hohem Maße die geistige Durchbildung und Reife, die gewissenhafte Veberrichtung aller Elementarfragen, die mit dem Aufgabengebiet der Organisation in mehr oder minder engen Zusammenhang stehen.

Haupttätigkeitsfeld des Funktionärs ist der Betrieb und die Organisation. Im Betrieb wirkt der Funktionär als Vertrauensmann, Kassierer, Betriebsrat und wie die Bezeichnungen alle sind, im Interesse der Kollegenschaft des Betriebes. Jeder Funktionär weiß ein Lied zu singen von den großen und kleinen Schmerzen, die tagtäglich sein Eingreifen erfordern. Und wie vorichtig und durchsicht, pflichtbewußt und gerecht muß hier das Wirken sein, um nicht mit dem Unternehmer, dem Gesetz und — in vielen Fällen mit der oberflächlich oder ungerecht urteilenden Kollegenschaft in Konflikt zu geraten. Nebenbei sei noch erwähnt, daß niemand seiner Arbeitsstelle so unglücklich ist wie der Funktionär.

Aber nicht nur im Betrieb liegt die Stätte seiner Wirksamkeit. Auch für die Organisation opfert der Funktionär Zeit und Geld. Auch hier legt der Funktionär Stein auf Stein, erhält und erweitert den Bau und läßt pulsierendes Leben durch die Adern der Organisation jagen und schüßt sie vor Mordhieben und Verfall. Aber keineswegs erschöpft haben wir damit das Betätigungsfeld des Funktionärs. Es sei nur noch die Fülle der Arbeit angedeutet, die den Funktionär bei den Verwaltungsgesellschaften der Sozialversicherung erwartet. Auch hier ruft das Pflichtbewußtsein.

Wie schon weiter oben angedeutet, verlangte die erfolgreiche Tätigkeit eines Funktionärs einen ganzen Menschen. Nicht nur idealtische Veranlagung und Gesahren, sondern geistige Befähigung und Reife, charakterliche Festigkeit und sachliche Befähigung sind nicht zu missende Eigenschaften. Es gab und gibt viele, die den Ehrgeiz haben und haben, Funktionär zu werden, sich mitunter persönliche Vorteile davon versprechen! Aber diese straucheln, sobald der Ernst der Situation den ganzen Menschen für die Gemeinschaft erfordert. Und alle die oben genannten Eigenschaften sind es, die dem Funktionär das sein lassen, was er sein muß: Autoritätsperson. Er muß Autoritätsperson sein, um die Führung und mitunter auch Veberrichtung der Mitglieder eines Betriebes übernehmen

Eine Weihnachtsfeier

für unsere arbeitslosen und inaktiven Mitglieder in Dresden.

In dichten Wäldern riesel der Schnee herab, alles mit einem weißen Mantel eingehüllt, die Erde glitzert in schillernden Farben und die Menschen haben Not, infolge der Stille vorwärts zu kommen. Nach langen, dunklen, regnerischen Tagen ist nun Weihnachtswetter eingetreten. Die Jugend jubelt und gar laut geht es auf dem großen Platz vor unserem stattlichen Volkshaus zu. Sie weiß nicht, daß mit Eintritt des Winters die Sorge der Eltern größer wird. Jugend bleib Jugend!

Aber für uns ist es gerade die rechte Weihnachtsstimmung, gilt es doch heute unseren arbeitslosen und inaktiven Kollegen und Kolleginnen einige frohe Stunden, ein Weihnachtsfest zu bereiten. So kommen sie nun alle heran, aus allen Gegenden der Großstadt, dicht beknäut, selbst Weihnachtsmänner mit einem Herzen voll Erwartungen. Brustend und frierend in oftmals recht dünnem Gewand reinigen sie sich von den Schneemassen und treten dann ein in den von Licht überfluteten großen Saal. Zwei Riesen von Weihnachtsbäumen und unzähligen Lichtern überlat, ist der erste Eindruck, den die Eintretenden empfangen. Man sieht es ihnen an, die Augen glänzen in Freude, und nur der Anruf der zum Dienst und Empfang bestimmten Kollegen oder Kolleginnen reißt sie aus dem Staunen heraus.

Mit freundlichen Worten werden sie alle an die für sie bestimmte festlich geschmückte Tafel geführt. Die in Arbeit stehende Kollegenschaft hat es sich nicht nehmen lassen, ihren arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen in diesen schönen Stunden durch überaus zahlreiche Teilnahme recht nahe zu sein. Bald ist jeder Platz besetzt, 140 Kollegen und Kolleginnen sitzen an drei langen Tafeln. Zwischen dem Lannengrün des Tafelschmuckes grüßen freundlich große Teller mit Stollen hervor. Bald ist alles in der richtigen Weihnachtsstimmung, noch dazu, als die Kolleginnen der Ortsverwaltung und einige Helfer sich eilig bemühen, die Geladenen sofort mit köstlichem Kaffee zu bewirten.

Es ist aber nicht nur für das seibliche Wohl gesorgt, auch ein ausserordentliches Programm mit Musik, Gesang und Regitation soll unsere Gäste erfreuen. Bald erklingen die Weisen des Arbeiter-Mandolinenorchesters „Harmonie“, Dresden-A., der mit 30 Mitgliedern anwesend ist. Sie bewirten aufs neue durch glänzend zum Vortrag gebrachte

Weihnachtslieder ihr Können. Die Beifallsstürme der Zuhörer werden auf diese Arbeiterkünstler, die sich selbstlos in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt haben, den Eindruck nicht verfehlt haben.

Fraulein Urmgard Sanderhauß rezitierte. Wir hatten schon Gelegenheit, anfänglich unserer gewerkschaftlichen Feiern, stunde das Können der Künstlerin auf diesem Gebiet gebührend zu würdigen. Bei dieser Feier hat sie sich selbst übertraffen. Rauschend der Vortrag der Gedichte „Ein Mutterherz“ von Altmers und „Der Weihnachtsabend“ von Th. Storm hinterließen einen tiefen Eindruck. Unsere Kollegin Johanna Klein, die auserkählt ihrer Arbeitszeit Gelaugenden treibt und eine Zukunft hat, erfreute die Anwesenden durch Vortrag von gut gemählten Weihnachtsliedern mit künstlerisch vollendeter Stimme. Beide hatten ein dankbares Publikum, der Beifall wollte kein Ende nehmen. In voller Anerkennung ihrer guten Leistungen möchten wir an dieser Stelle im Namen der Gesamtorganschaft diesen den herzlichsten Dank aussprechen.

Im Mittelpunkt der Feier stand die Ansprache des Kollegen Herrmann. Wir alle konnten die Rede und Ausdrucksweise unseres Sauerlitters, aber an diesem Abend sprach ein anderer aus ihm Seine Rede stand im Zeichen des Weihnachtsfestes. In gut aufgebauter Form, fast theologisch, führte Redner die Anwesenden in das Entstehen des Weihnachtsfestes von der Urform bis zum heutigen Tage ein. Er stellte kritisch das Weihnachtsfest zum Sozialismus, sprach über die Sonnenwende und am Schluß über das Weihnachtsfest der heute unzähligen Arbeitslosen. Die herzlichen Worte an unsere geladenen Gäste, ausgehend von der großen Menschlichkeit, die keinen Unterschied kennen sollte, von der Solidarität und Opferbereitschaft der Kollegenschaft, die diesen Abend ermöglichte, gipfelte in der Mahnung, nicht zu erlahmen im Kampf um unsere Rechte, nicht zu verzagen, sondern fest und treu zur Gewerkschaft zu stehen. Kein Wilmens ist es, das heute gegeben wird, sondern der Gebante der Zusammengehörigkeit in der Kollegenschaft: „Alle für einen und einer für alle“ ist das Leitmotiv dieser Stunde. Redner schloß mit den Worten: „Freude, Liebe und Wohlgefallen sollen heute über unserm Feste walten. Wir feiern das Weihnachtsfest nicht im Geiste der Selbsterlösende und der christlichen Kirche. Wir feiern das Weihnachtsfest der völkerverbindenden Menschenliebe.“ Am nun verunkeltem Saale, beim Lichterglanz der Weihnachtsbäume,

stand die Bescherung statt. Mächtig erklang, von allen Anwesenden mitgesungen, unter Beileitung des Orchesters ein Weihnachtslied nach der Melodie: „Stille Nacht, heilige Nacht“. Die Freude der Beschenkten teilten alle Anwesenden, manch alter Kollege konnte vor Rührung kaum danken. Allen ist ihre Hoffnung zur Tat geworden. Nachmals wurden die Kuchensteller gefüllt und Kaffee gegeben. Viel zu schnell vergingen die Stunden, die in besser Harmonie, in echter Kollegialität vergangen wurden. So trennten wir uns nun mit dem Gedanken herzlichsten Empfindens, einen Akt der Menschlichkeit, bester Solidarität hinter uns lassend. Mit dem Kampfschrei:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit
Brüder, zum Licht empor!

gingen alle auseinander. Der eine zur Familie, um ihnen frohe Botschaft zu bringen; andere wieder zu den Eltern oder auch Einkäufe in ihr kleines Kämmlein. Alle aber werden zum Nachdenken gezwungen werden durch dieses Erleben, und so wünschen wir vor allem, daß diese Feier nachhaltig wirken möge auf alle die, die immer noch nicht begriffen haben, daß die großen Arbeiterorganisationen nicht nur in steilem Kampfe stehen mit dem allgemeinen Unternehmertum zum Wohl ihrer Mitglieder, sondern darüber hinaus eine große Familie sind, die auch die kleinen und kleinsten Äste ihrer Mitglieder zu stützen weiß.

Staub als Krankheitsursache.

Von Dr. med. Georg Woll.

Die Befestigung des überall mehr oder weniger vorhandenen Staubes ist nicht nur Sache des Reinlichkeitsgefühls, sondern besonders eine hygienische, namentlich gesunde erbeugende Aufgabe. Durch das Einatmen von Staub können schwere Krankheiten hervorgerufen oder in der Befestigung begünstigt werden. Der Staub, der täglich aufgewirbelt und eingeatmet wird, kann namentlich dann unsere Atmungsorgane schädigen, wenn die Einwirkung sehr lange anhält oder gar zu einem chronischen Uebel wird. Daher liegt es im öffentlichen Interesse, den Staub überall, wo man ihn findet, auf den Plätzen der Großstadt und den Automobilstraßen des Landes, in den Bohrt- und Arbeitsstätten möglichst vollkommen zu beseitigen; soweit das

zu können und in deren Interesse zu wägen und zu wagen. Je geistvoller die Funktionäre einer Organisation sind, desto durchgebildeter und harmonischer wird der Verwaltungs- und Führungsausschuss sein und so zeigt sich im inneren Organisationsleben die ganze geistige Höhe der Organisation selbst.

Nicht jeder kommt nun als fertiger, offener Proben gegenüber wohlgeprägter Funktionär auf die Rampe der öffentlichen Betätigung. Auch hier ist das Dienen „von der Pike auf“ der Weg, der zum vollendeten Funktionär führt.

Viele Zeitungen könnte man füllen, wollte man alle die Wissensgebiete bezeichnen, deren Bewältigung eines Funktionärs Pflicht sein sollte. Aber hier kommen wir nun zu dem wundesten Punkt in der Funktionärbewegung.

Man spricht so oft von dem Arbeiterbildungsproblem. Aber, was ist vorerst das Arbeiterbildungsproblem? Nichts als die Funktionärbildung. Gelingt es uns, die Problematik der Funktionärbildung zu lösen, dann haben wir den Schlüssel zum Arbeiterbildungsproblem gefunden.

Es ist dem Funktionär heute leichter, seine geistigen Kräfte zu entwickeln, als dies früher der Fall war. Die Organisation ist reichlich bemüht, in Gemeinschaft mit anderen Organisationen oder von sich aus, durch Kurse und Zirkel Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Aber was diese Einrichtungen immer wieder in Frage stellt oder den Aufwand, am Erfolg gemessen, als zu groß erscheinen läßt, ist der schlechte Besuch dieser Veranstaltungen. Wo liegt hier der Fehler? Liegt er beim Veranstalter oder beim Funktionär. Ersteren damit zu belasten, wäre eine falsche Beurteilung. So weit sind wir in der Lösung der Problematik der Funktionärbildung nun doch schon gekommen, als Stoff und Methode der Bildungsveranstaltungen der Organisation dem Willen, dem geistigen und persönlichen Empfinden und Bedürfnis des Teilnehmers voll auf Rechnung tragen. Nach einem Fehler können wir hier m. E. lange suchen, ohne ihn zu finden.

Man denke auch daran, daß der Funktionär auch das Bedürfnis hat, Mensch zu sein, sowohl in familiärer als ästhetischer Beziehung. Die Belastung durch seine Betätigung nimmt ihn voll auf in Anspruch und zu den obengenannten Punkten tritt noch die körperliche Ermüdung, die ihre Rechte geltend macht. Jede Bildungsarbeit durch Kursusbesuch bedeutet für den Teilnehmer, wenn die Teilnahme überhaupt Erfolg haben soll, eine neue Belastung insofern, als ja nicht nur die Stunden des Unterrichts benötigt werden, sondern der gehörte Stoff mit Hilfe literarischer Studien verarbeitet und vertieft werden soll.

Geistige Durchbildung des Funktionärs ist aber zur zukünftigen erweiterten Wirksamkeit der Gewerkschaften ein nicht zu entbehrendes Mittel. Wie kommt nun aber dem Funktionär Hilfe! Von der Organisation! Dies ist sehr zweifelhaft. Nicht etwa weil der Organisation der Wille fehlt, sondern weil sie nicht die individuellen Fähigkeiten des einzelnen Funktionärs bis ins genaueste kennt, um alle diese Fähigkeiten harmonisch wirken zu lassen. Hier ist nun Selbsthilfe des Funktionärs ein Mittel zum Aufstieg. Der Funktionär befreie sich von allem unnötigen, kleinsten Ballast, den zu schleppen er sich verpfichtet

fühlt. Er suche unter seinen Kollegen kräftige Hände, die etwas vom Großen übernehmen, und so entfaltet sich der Funktionär, um die neue Bürde der geistigen Vorbildung als notwendiges Mittel zur Betätigung im Interesse der Kollegenschaft einzukaufen. Aber hierzu braucht er das Verständnis der Gesamtkollegenschaft. Diese unterstütze den Funktionär, indem sie Kleinigkeiten selbst regelt. Ein weiteres Entlastungsmoment für den Funktionär liegt bei der Mitgliedschaft insofern, als dem Rufe „Freiwillige vor“ zahlreicher Folge gestellt werden sollte. Viele werden nun sagen, sie seien nicht fähig zur Ausübung irgendwelcher Funktionen. Aber kein pflichtbewusster Funktionär wird gleich schwierige Dinge vom Anfänger verlangen. Ja, ist aber hier nicht ein Widerspruch zu finden zu obigen Ausführungen, die ja gewisse, dem Menschen eigene Voraussetzungen zur Bekleidung eines Funktionäramts nötig machen! O mein, Infer Ruf lautet nur: für jeden amtierenden Funktionär noch eine neue Kraft hinzu und unser Bedürfnis ist voll auf befriedigt. Sollten sich diese einzelnen nicht in unseren Reihen finden lassen? Die Wenigen mit den Eigenschaften und Fähigkeiten sind vorhanden, die notwendige Voraussetzung für den Funktionär sind. Es kommt nur darauf an, diese Eigenschaften und Fähigkeiten zu entwickeln. Haben diese einzelnen den Willen, ihre Funktionärskollegen zum Wohle der Gesamtkollegenschaft zu entlasten, dann finden sie und die Organisation auch Mittel und



Wege, ihre Eigenschaften und Fähigkeiten so zu formen, daß ihre Betätigung fruchtbar ist. Drum habe jeder den Mut, seine Person in den Dienst der Sache zu stellen, die ja auch seine Sache ist. Jeder, der die Frage des ehrlichen Willens positiv beantwortet, wird auch zur Erkenntnis des Könnens gelangen. Jeder prüfe sich und handle.

Lehrreiches aus den Oktoberbilanzen der Banken.

Die Banken sind bekanntlich gehalten, alle zwei Monate Rohbilanzen zu veröffentlichen. Die jetzt bekannt gewordenen Oktoberbilanzen bieten lehrreiche Einblicke nach verschiedenen Seiten hin. Vor allem hat sich der Zuwachs an Kreditoren (Einlagen) fortgesetzt. Allein bei den sechs Berliner Großbanken wuchsen die Gesamtkreditoren um 415 Millionen Mark auf 5517 Millionen Mark. Bei den 85 Kreditbanken betrug die Zunahme an Gesamtkreditoren 495 Millionen Mark. Auch der Aktienumsatz erhöhte sich um 34 auf 283 Millionen Mark, so daß die gesamten Verbindlichkeiten bei den sechs Berliner Großbanken 5800 Millionen Mark betragen.

Es ist nun interessant, wo diese den Banken zur Verfügung gestellten vermehrten Mittel geblieben sind. Bei näherem Zusehen gewahren wir, daß die Posten „Reports und Lombards“ von 473 auf 628 Millionen Mark gestiegen sind. Diese beiden Posten, die hauptsächlich auf Effektenbeleihungen beruhen, stehen bei den sechs Berliner Großbanken mit 628 Millionen Mark zu Buch. Hierin kommt zum Ausdruck, daß die Banken die Großspekulation an der Börse zum nicht geringen Teile finanziert haben. Die Spekulation auf Kredit hat also nicht unwesentlich zugenommen. Es ist ein bedauerliches Schauspiel, daß die deutschen Banken sich nicht berufen fühlen, die produktive Wirtschaft mit erträglichen Krediten zu versorgen, sondern der Börsenspekulation die Mittel zur Hausse vorzuziehen. Deutschland schwimmt in Geld und eine Unterbringung ist vielfach unmöglich. Die Banken spielen im Wirtschaftsleben eine große Rolle. Von ihnen hatte man erwartet, daß sie Mittel und Wege finden, um die überreichlich vorhandenen Gelder zur Ankurbelung der Produktion zu verwenden. Wie Figura zeigt, geht man einen anderen, wesentlich gewinnbringenderen Weg. Innerhalb eines Jahres, von Anfang November 1925 bis Ausgang Oktober 1926, haben sich die Einlagen bei den 85 Kreditbanken um die Riesensumme von 1472 Millionen Mark vermehrt, allein bei den sechs Berliner Großbanken um 810 Millionen Mark. Daran ist zu ersehen, daß die private Wirtschaft in diesem Krisenjahr in der Lage war, große Mittel zu erübrigen, die den Banken zur vorübergehenden Anlage überwiesen wurden. Und diese nun wuchsen nichts anderes zu tun, als sie der Börsenspekulation zu überantworten. Wahrscheinlich in der kapitalistischen Produktion sind nicht volkswirtschaftliche Grundzüge, sondern allein Erwägungen über die Steigerung des Profits maßgebend.

Das Volk muß wohnen können!

Die programmathe Lösung, d. h. eine Lösung des Wohnungsbauproblems auf ganz bestimmter, wohldurchdachter Grundlage und auf weite Sicht hinaus, wird von allen leidtragend Beteiligten als unausschiebbar empfunden. Allein die Reichsregierung scheint noch immer anderer Meinung zu sein.

Wie wir erfahren, ist eine endgültige Festlegung der Reichsregierung auf einheitliche Richtlinien und Vorschläge über ein Wohnungsbauprogramm noch nicht erfolgt, haben vielmehr lediglich vorläufige Be-

in unserem Zeitalter des gesteigerten Verkehrs- und Industrielbens möglich ist.

Zahlreiche Berufsangehörige, wie Glas-, Stein- oder Metallarbeiter, Holz-, Textil-, Papier-, Porzellan- oder Kohlenarbeiter, Kolbrenner und noch viele mehr sind der Einwirkung des Staubes besonders ausgesetzt. Einmal kann der Staub an sich insofern seiner giftigen Beschaffenheit oder infolge mechanischer Einwirkung die Atmungsorgane schädigen, sobald beginnt die Staubeinatmung nicht selten die Ansiedlung krankheitsverursachender Keime, vor allem der so überaus verbreiteten Tuberkelbazillen. Darum sind Berufe, in denen die Staubeinatmung eine große Rolle spielt, meist auch der Tuberkuloseinfektion besonders ausgesetzt, wie etwa Maurer und Porzellanarbeiter, Metall- und Steinschleifer, Textilarbeiter, Bäcker und andere. Das Gebiet der Staubeinatmungskrankheiten kann daher nicht ohne Beziehung zur Tuberkulose, dieser am weitesten verbreiteten Gewerbe- und Infektionskrankheit behandelt werden. Daraus geht die ungeheure Wichtigkeit der Staubeinwirkung in den Betrieben verschiedenster Art hervor.

Die Zerstreuung des Staubes und damit seine schädigende Wirkung kann in vielen Fällen allein schon durch Feuchtigkeitsvermeidung oder wenigstens verringert werden, durch nasse Bearbeitung der stauberzeugenden Rohstoffe, ferner durch feuchte Betätigung des in den Arbeitsstätten bereits gebildeten Staubes. Vor dem Leiden noch immer weit verbreiteten, oft nur auf Bequemlichkeit beruhenden trockenen Wischen, Auskehren und Abstauben, das den Staub ja nicht beseitigt, sondern von einer Gasse in die andere jagt, wo er im Augenblick gerade nicht zum Vorschein kommt, muß besonders gewarnt werden. Eine wirklich zweckdienliche und vollständige Beseitigung des Staubes kann nur durch Abwägung an der Entstehungsstelle selbst erfolgen; zu diesem Zweck sind eine Reihe sinnreicher Einrichtungen erlunden worden, die in den verschiedensten industriellen Betrieben, bei deren Arbeiten viel Staub entsteht, mit gutem Erfolg benutzt werden. Natürlich sind die Arbeiter, welche in den Staubbetrieben selbst tätig sind, nicht vollständig vor der Einatmung des Staubes zu schützen. Hier hilft man sich mit sogenannten Respiratoren, die vor Mund und Nase gelegt werden und die Einatmungsluft filtern sollen. Je einfacher derartige Vorrichtungen sind, deren Tragen ja stets mit Unbequemlichkeit verbunden ist, desto besser sind sie. Bei umständlichen Apparaten liegt die Gefahr nahe, daß sie nicht benutzt werden infolge einer ge-

wissen Gleichgültigkeit, die sich allmählich aller Leute bemächtigt, die längere Zeit in Staub- oder sogar in Giftbetrieben tätig sind.

Die Natur des Staubes ist außerordentlich verschieden, je nachdem er anorganischen Stoffen (Glas, Kalkstein, Marmor, Granit, Blei, Zink, Thomaschlacke, Gips, Zement usw.) oder organischen (Holz, Kohle, Papier, Haare, Seide, Leder, Wolle, Mehl usw.) entstammt. Ueber die Staubwirkungen liegen zahlreiche Untersuchungen vor. Für die schädliche Wirkung des Staubes auf die Einatmungsorgane, besonders die Lunge, und auf den ganzen Organismus sind verschiedene Umstände maßgebend, je nachdem es sich um giftigen, nur mechanisch reizenden, um giftigen oder um infektiösen Staub handelt. Ueber die letzteren beiden Staubarten kann nur im Zusammenhang mit der beruflichen Gefährdung durch chemische Gifte und durch parasitäre Einflüsse gesprochen werden. Aber auch die rein mechanische Wirkung der Staubeinatmung ist deshalb von größter Bedeutung, weil sie durch die fortgesetzte Reibung des Lungengewebes und durch Reizung der feinen Gewebzellen zu katarrhalischen Prozessen der Luftröhre, der Bronchien und der Lunge führt.

Die Statistik lehrt, daß die Tuberkulose besonders häufig bei jenen Berufsständen ist, die dauernd unter Staubeinwirkung zu leiden haben. Bei der Art der Krankheitsentstehung und -übertragung durch feinste bogelhaltige Tröpfchen ist es kein Wunder, daß diejenigen der Gefahr der Tuberkuloseinfektion am meisten ausgesetzt sind, deren Lungen schon vorher durch die Staubeinatmung chemisch oder mechanisch gereizt sind. Hier finden, wie schon vorher bei der Staubeinwirkung kurz angedeutet wurde, die Tuberkelbazillen ein vorbereitetes Feld. Der bekannte Gewerbeschlagler R. B. Vehm ann äußert sich in seinem Bericht der Arbeits- und Gewerbehygiene zu diesem Punkt folgendermaßen: „Tuberkulose ist in diesen stark geschädigten, schlecht durchbluteten Lungen leicht verbreitet. Am häufigsten bei Sandsteinstaub, dann folgt Granit, dann Marmor. Entsprechend sterben Mühleiarbeiter, Metall- und Glasschleifer besonders zahlreich an der Tuberkulose.“ Natürlich schädigt auch Staub, der aus organischen Stoffen entsteht (Tabak, Baumwolle, Wolle usw.) die Lungen und erleichtert den Tuberkelbazillen die Ansiedlung.

Auffallend ist es, daß bei Kohlenarbeitern, die ja am meisten Staub schlucken, deren Lungengewebe oft in-

folgedessen schwarz durchtränkt sind, verhältnismäßig selten Tuberkulose der Lungen vorkommt. Rechtlich günstige Verhältnisse wurden auch bei den in Kalk-, Zement- und Gipsfabriken tätigen Arbeitern gefunden. Hier liegen Beziehungen vor, die uns erst die Gewerbehygiene erschlossen hat, deren Ursache aber noch nicht aufgeklärt ist; vielleicht wird man auf diesem Wege noch einmal zu wichtigen therapeutischen Maßnahmen kommen. Nach einer englischen Statistik von Ogilv beträgt, wenn man als Einheit die Sterblichkeit der von Lungentraktoren meist verstorbenen, sehr gesund lebenden Fischer setzt, die Sterblichkeit an Lungentuberkulose und anderen Lungentraktoren bei Kohlengrubenarbeitern 1,66, bei Maurern und Steinhauern 2,29, bei Feilenbauern 3,85, bei Töpfern 5,65 und bei Bergleuten in Zinnbergwerken sogar 5,79; von den letzten sterben also drei- bis viermal soviel an Erkrankungen der Lunge, wie von den Kohlengrubenarbeitern. Hier wird man einen Zusammenhang zwischen Krankheit und Berufstätigkeit gewiß nicht leugnen können. Immerhin wird man bei der Bewertung solcher Statistiken sehr vorsichtig sein müssen, wenn die absoluten Zahlen der Statistik keine großen sind.

Aber auch bei aller Vorsicht sind die Gewerbeärzte sich doch heute darüber einig, daß gewisse Staubarten, wie namentlich unlöslicher Stein- oder Metallstaub, auch vegetabilischer und animalischer Staub (Tabak, Wolle), die Tuberkulose der Lungen begünstigen, während Kohlen-, Gips- und Zementstaub eher einen krankheitshemmenden Einfluß zu haben scheinen. Nur aus diesem Grund darf man auch die Tuberkulose bis zu einem gewissen Grade den Gewerbetätigen zurechnen, während man sie sonst vielmehr als eine Wohnungsfrage betrachten bzw. als eine Begleiterscheinung der allgemeinen sozialen Verhältnisse zu begründen pflegt. Das dicke Zusammenleben in engen, lichtlosen, ungesunden Wohnungen bildet nach dem Urteil der meisten Hygieniker eine Hauptursache der Tuberkuloseverbreitung. Dieser Hinweis genüge, um die Tuberkulose in erster Linie als Krankheit der sozialen Verhältnisse zu charakterisieren, in zweiter Linie aber auch als Gewerbekrankheit, bei deren Entstehung die fortgesetzte Staubeinatmung eine wichtige Rolle spielt. Sedenfalls haben wir allen Anlaß, den Staub, wo wir ihn treffen, nicht nur „auszuwirbeln“, sondern so gründlich wie möglich zu beseitigen und damit eine weitverbreitete Krankheitsursache aus dem Weg zu räumen.

Sprechungen zwischen Reichsressorts und preussischen Ressorts stattgefunden. Er sind aber nun nicht mehr nur die politisch linksorientierten Kreise, die die Regierung bedrängen, endlich mit gebührender Ernst an diese Frage heranzugehen, auch die in der vorangegangenen Woche in Halle abgehaltene Bundesversammlung des Bundes Deutscher Architekten fordert in einer Resolution „angesichts der Unzulänglichkeit aller bisherigen Maßnahmen“ die sofortige Schaffung eines Reichswohnungsbauprogramms.

Eine ganze Anzahl von Organisationen haben Wohnungsbauprogramme in die Öffentlichkeit geworfen. Auch die freien Gewerkschaften sind mit einem Wohnungsbauprogramm herorgetreten. Das Programm der freien Gewerkschaften hat schließlich auch dem Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik neben anderen Vorarbeiten als Vorlage gedient für die Aufstellung seiner Richtlinien zu einem Reichswohnungsbauprogramm. Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes haben neben Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, des Heimstättenamtes der Deutschen Beamtenschaft sowie der Großorganisationen der Kleingärtner, Kriegsbeschädigten, Mieter aller Richtungen und der Siedler im Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik mitgearbeitet an der Herstellung dieser Richtlinien. Hinter dem Reichswohnungsbauprogramm des Aktionskomitees für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik stehen mithin breiteste Massen als hinter jedem anderen der vorher veröffentlichten Programme, Massen, die den politischen Parteien von der äußersten Linken bis tief in die Rechte hinein angeschlossen sind und nach Millionen zählen. Es hat bereits eine Fühlungnahme zwischen dem Aktionskomitee und Vertretern der Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Demokraten stattgefunden, wobei die Zustimmung der Politiker zu den wesentlichsten Punkten des Programms festgestellt wurde. Das Programm ist sodann dem Reichsanwalt und dem Reichsstaatspräsidenten, sowie den zuständigen Ministern und sämtlichen Reichstagsabgeordneten aufgestellt worden, und wie wir erfahren, interessiert sich das Reichsinnenministerium als lebhafte für dieses Wohnungsbauprogramm des Aktionskomitees.

Das Programm fordert eine Wohnungsvorlage des Reiches für die nächsten zehn Jahre und die Erstellung von jährlich mindestens 250 000 Wohnungen. Mindestbemittelte sollen vorzugsweise bei der Vergabe der Wohnungen berücksichtigt werden. Die Finanzierung soll aus der Haussteuer und durch Anleihen bestritten werden. Für den Ausbau der Haussteuer sind bestimmte Vorschläge gemacht. Die Beschaffung von ersten und zweiten Hypotheken soll durch Heranziehung der Sparkassen und der Sozialversicherungsträger sowie durch Senkung des Zinsfußes erleichtert werden. Auch für die Senkung der Baukosten sind unter acht verschiedenen Gesichtspunkten bestimmte Vorschläge gemacht worden. Die den Mieterchutz betreffenden Forderungen sind aufs Innappe formuliert, weil beachtlich ist, ein besonderes Mieterchutzprogramm herauszubringen. Verlangt ist Nichtrückzahlung der Mietaumiete durch Reichsrecht und Verhinderung unberechtigter Gewinne beim Vermieten mit öffentlichen Mitteln errichteter Wohnungen. Gefordert wird weiter Aufrechterhaltung des Mieterchutzes für alle Räume bis zur Schaffung eines sozialen Reichswohnungswirtschaftsgesetzes als Dauerrecht.

Als Voraussetzung für die praktische Durchführung dieses Programmes fordert das Aktionskomitee schließlich die sofortige Einbringung beim Reichstag und Verabschiedung des Bodenreformengesetzes unter Verzicht des Reichsrats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium, sowie des Städtebaugesetzes beim Preussischen Landtag und entsprechender Gesetze in den übrigen Ländern. Die Finanzierung der im Bodenreformengesetz entworfenen Bodenreformwirtschaft soll in erster Linie aus den Erträgen der Wertzuwachssteuer erfolgen.

Dieses Programm erscheint als das Programm der mittleren Linie. Es bedeutet für die linksstehenden Kreise das Minimum dessen, was erfüllt werden könnte. Die Reichsregierung aber sollte nunmehr auf Grund dieses Programms erblich ernsthaft an eine großzügige Lösung des brennendsten sozialen Problems unserer Zeit herangehen.

3) die Gründung einer Invalidentasse für unseren Verband zurzeit durchführbar?

Diese Frage, die der Kollege Matschke als erster wieder aufgeworfen hat, ist schon früher mehr oder weniger zaghaft gestellt worden. Es soll nicht bestritten werden, die Anträge kamen alle von Kollegen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, bei denen Solidaritätsgedanke und Weitblick auf einer Stufe stehen, was leider bei einem großen Teil unserer Kollegenschaft vermisst wird. Ueber den eventuellen Einwand, es fehlte bei euch an der Erziehung und Auf-

klärung, möchte ich öffentlich nicht diskutieren. Wenn der Hamburger Verbandstag diese Frage kurz abgelehnt hat, so beherzichte die große Mehrheit der Delegierten eben die Situation. Kollege M. verweist auf die Buchbinder und Buchdrucker, bei denen diese Einrichtung gegenständig und auch agitatorisch wirkte. Die Buchdrucker sind eine kompakte, im Beruf einheitliche Handwerkerorganisation, deren Mitglieder ihren Beruf fast ohne Ausnahme bis ins Alter ausüben. Hier ist das Obligatorium gegeben. Bei den Buchbindern, die ähnlich wie wir mit fluktuierenden weiblichen Mitgliedern zu rechnen haben, ist der Hinweis des Kollegen M. nicht zureichend. Das Obligatorium der Invalidentasse ist dort nur in der fünften Beitragssklasse eingeführt, während allein die vierte Beitragssklasse sich freiwillig anschließen kann. Man denke doch an die Zahlstellen, die alljährlich 40 bis 45 Proz. ihrer Mitgliedschaft infolge der örtlichen Betriebsstruktur und anderer Schwierigkeiten neu aufnehmen müssen. Glaubt man bei den Antragstellern, diese Mitglieder, um die man doch werben muß, mit einem um 50 Proz. höheren Beitrag einfangen zu können, wenn keine Möglichkeit für die meisten besteht, je einmal in den Genuss der Invalidentenunterstützung zu kommen? Mit 20 Pf. Wochenbeitrag mehr wie bisher ist nicht viel zu machen, besonders wenn man den Sirenenangefängen der Kollegen Kalk und Wendt folgen möchte, die von der Möglichkeit sprechen, daß abgebaute Kollegen im Alter von 55 Jahren ab nicht mehr in Arbeit kommen und dann aus der Invalidentasse unterstützt werden könnten. Mit 20 Pf. Wochenbeitrag bis an ihr Lebensende? Man soll doch nicht mit den großen Hundstagen gehen wollen, wenn man das Bein nicht haben kann; die Rechnung des Kollegen W. mit 37 793 mal 20 ist oberflächlich. Dieses Rechenexempel muß er vorerst mit unserem Finanzminister in Charlottenburg überlassen, der wird zweifellos mit anderen Zahlen dienen, die den Mut des Kollegen M. etwas abkühlen.

Der immer stärker in Erscheinung tretenden Ergründung der kapitalistischen Wirtschaft, ältere Arbeiter vom Arbeitsprozeß und somit von der Verdienstmöglichkeit ausgeschlossen, muß natürlich die Spitze abgebrochen werden. Dazu hat die Arbeiterschaft die Waffe in der Hand auf politischem Wege, wenn sie sich hauptsächlich bei Wahlen auf ihre Pflicht befinnt. Der Staat muß gezwungen werden, für die so brutal Ausgeschlossenen zu sorgen. Wie unterschiedlich die Auffassungen über die Einrichtungen unseres Verbandes sind, beweisen die Ausführungen der Kollegen Matschke und Kalk. Ersterer nennt die sozialen Aufgaben unseres Verbandes im Verhältnis zu den Einnahmen als zu gering, der Kollege Kalk bezeichnet sie als „norm“. In diesem Falle hat M. recht. Tatsache ist, daß zum Beispiel unsere heutige Arbeitslosenunterstützung, wohl beeinflusst durch die heutigen Verhältnisse, heute noch nicht entfernt die Höhe erreicht hat wie in früherer Zeit, trotz höherer Beiträge. Wollte man diesen Unterstutzungszweig wieder auf die alte Höhe bringen, so müßten zweifellos die Beiträge erhöht werden. Jeht noch Hals über Kopf ein finanzielles Experiment machen mit der Invalidentenunterstützung? Wer das riskieren will, der versuche es. Kann man es machen wie die Buchbinder, wofür, ich bin dabei. Der Kollege Polanowsky möchte so gern die Sache a tempo betreiben und empfiehlt die Beratung und Beschlußfassung einer Konferenz der Gauleiter und des Verbandesbeirates. Der nächste Verbandstag könne ja nachträglich seine Sanction hierzu erteilen. Das werden die Gauleiter samt Beirat wohl bleiben lassen, denn solche Beschlüsse allein zu fassen, sind sie nicht da. Einer Beratung der Sache zur Verhütung der Optimisten kann aber das Wort geredet werden. Dann muß aber schon ein Berechnungs- und Durchführungsplan zum Hauptvorstand vorliegen. Dieses Material muß an die Mitgliedschaften zur Diskussion kommen und, wie Kollege Roland richtig ausführt, zur Urabstimmung geschrieben werden. Mit diesem Material kann letzten Endes der nächste Verbandstag etwas anfangen.

Erst baut vom Grunde aus, dann trübt das Dach.
H. Müller, Mainz.

Aus den Zahlstellen.

Dortmund. Unsere am 11. Dezember im „Weihenburger Hof“ tagende Mitgliederversammlung hätte besser belacht sein können. Auf der Tagesordnung standen nur drei Punkte: Geschäftliches, Kassenbericht und Verschiedenes. Zum ersten Punkt teilte Kollege Stempel mit, daß unser bisheriger zweiter Vorsitzender Kollege Gründers aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt hat. Der Vorstand schlägt als Ersatz unser ehemaliges Beiratsmitglied, die Kollegin Weiser vor. Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung gutgeheißen und die Kollegin einstimmig gewählt. Des weitern hatte der Vorstand einem funderreichen, durch lange Krankheit in Rot geratenen Kollegen aus der Ortskasse den Betrag von 15 Mt. bewilligt. Dagegen hatte die Versammlung nichts einzuwenden. Als Delegierte zum 20. Stiftungsfest der Zahlstelle Köln hatte der Vorstand die Kollegin Weiser und den Kollegen Stempel entsandt. Auch hiermit erklärte sich die Versammlung einverstanden. Dann kam der Vorsitzende auf die Weichenunterstützung unserer arbeitslosen, frankten und invaliden Mitglieder zu sprechen. Wenn auch der Verbandsvorstand alles getan hat, was in seinen Kräften stand, so ist es doch notwendig, diesen Mitgliedern einen Zuschuß aus der Ortskasse zu gewähren. Da glücklicherweise nur wenige Mitglieder in Frage kämen, so machte er den Vorschlag, den gleichen Betrag der Verbandsunter-

stützung als Zuschuß zu zahlen. Diesem Vorschlage stimmten die Anwesenden zu.

Nun erstattete unser Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal. Den Einnahmen von 1011,70 Mt. Handen Ausgaben von 279,12 Mt. gegenüber, so daß wir 732,58 Mt. der Hauptkasse überweisen konnten. Der Bestand der Ortskasse betrug am Schlusse des Quartals 220,01 Mt. Kollege Böhm als Kassier teilte mit, daß Kasse und Belege genau geprüft und für richtig befunden seien. Er beantragte daher, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Unter „Verschiedenes“ wurde Stellung zum Bau unseres Gewerkschaftshauses genommen. Vom Ortstartell ist schon lange ein Betrag von 6 Mt. für männliche und 3 Mt. für weibliche Mitglieder festgelegt worden. Jetzt hieße es, auch von unserer Organisation einmal die Initiative zu ergreifen, da bisher noch nichts unternommen worden sei. Der Vorstand hat sich eingehend auch mit diesem Problem befaßt und ist der Meinung, daß der Beschluß des Ortstartells unbedingt auch von unseren Mitgliedern durchgeführt werden muß. Der Vorschlag des Vorstandes geht dahin, daß jeder Kollege im nächsten Jahre einen Beitrag von 50 Pf., jede Kollegin einen solchen von 25 Pf. pro Monat bezahlt. Kollege Hempel wünschte eine Erhöhung des wöchentlichen Ortsbeitrages um 10 bzw. 5 Pf., fand jedoch unter den Mitgliedern keine Zustimmung, so daß der Vorschlag des Vorstandes angenommen wurde. Der Vorsitzende ermahnte nun unsere Unterfasser, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Beschluß auch von unseren Mitgliedern restlos durchgeführt wird. Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Mit dem Wunsche, die Feiertage recht vergnügt zu verleben, und den Anwesenden ein frohliches neues Jahr wünschend, schloß unser Vorsitzender die Versammlung. Tanz und Gesang hielten unsere Mitglieder noch einige Stunden gemüthlich beisammen.

Koffbus. Am 14. Dezember hielt die Zahlstelle Kottbus ihre Monatsversammlung ab, welche von einem guten Besuch Zeugniss ablegte. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorstand den Gauleiter Stichert, Steffin, der anwesend war. Kollege Stichert schilderte in ausführlicher Weise die Entstehung des Verbandes und seine weitere Entwicklung. Er machte den Kollegen klar, daß es oft viel Mühe und Arbeit gekostet habe, um das zu erreichen, was wir bis zum heutigen Tage erreicht haben. Zum Schluß ermahnte er die Versammlung, treu zur Sache zu halten. Keiner Beifall lobnte Kollegen Stichert für seine Ausführungen. Der Vorstand dankte ihm in herzlichen Worten. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Zu der Versammlung waren auch die Kollegen aus der Nachbarstadt Forst erschienen. Nach der Versammlung verschönte ein gemüthliches Beisammensein den Abend.

Rundschau.

Berufs- und Altersgliederung der Erwerbslosen. Die Reichsarbeitsverwaltung hatte für den 2. Juli 1928 eine allgemeine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge veranstaltet. In Nr. 48 des „Reichsarbeitsblatts“ war über die Berufs- und Altersgliederung der unterstützten Erwerbslosen berichtet. Wir geben daraus folgendes Bild: Den größten Anteil der Erwerbslosen stellt die Gruppe „Arbeitslose wechselländer Art“, also die ungelernete Arbeiterschaft, mit 29,55 Proz. der Gesamtzahl. An zweiter Stelle folgen die Angestelltenberufe mit 9,04 Proz., das Bekleidungs- und Textilgewerbe mit 7,17 Proz., das Verkehrsgewerbe mit 6,23 Proz., Holz- und Schnittholzgewerbe mit 5,95 Proz., Baugewerbe mit 5,09 Proz., Textilindustrie mit 4,95 Proz. und der Bergbau mit 4,2 Proz. Den 1 450 110 Arbeitern stehen 144 190 Angestellte gegenüber. — Bezüglich der Altersklassen zeigt sich, daß prozentual der weitaus größere Teil der Erwerbslosen mit 24,17 Proz. auf die Klasse der 20- bis 25-jährigen entfällt. Dann fällt der Anteil von Jahrgang zu Jahrgang mit zunehmendem Alter in folgender Weise: 16, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und bei den 70- bis 75-jährigen 1 Proz. Die Reichsarbeitsverwaltung bemerkt zu der starken Bekämpfung der jüngsten Altersklassen folgendes: „An ihnen steht die Masse der jungen, größtenteils ungelerten, unverheirateten und daher beruflich wie wirtschaftlich weniger gebundenen Arbeitnehmer. Menschliche wie berufliche Weiterentwicklung führt zu einer veränderten Einstellung gegenüber dem Berufselben.“ Bemerkenswert ist, daß das Alter bis 20 Jahren mit 12 Proz. in der Erwerbslosenziffer Mitte dieses Jahres vertreten war. Aus alledem ist ersichtlich, daß die Erwerbslosigkeit ein Problem der jungen ungelerten Arbeiter ist.

Literatur.

Schägel, Das Geschlecht bei Tier und Mensch (seine Bestimmungen, seine Bestimmung, sein Wesen). 1. Buchelabende zu den Urania-Monatsheften, Jahrgang III. (Einsparung: Preis 1,50 Mt., in Ganzleinen gebunden 2 Mt. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Bra.

Für die Woche vom 6. bis 13. Januar 1927 ist die Frage markte in das 2. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu setzen.

Unserer lieben Kollegin Helene Hoffmann nebst ihrem Bräutigam Josef Dahners zu ihrer am 11. Januar stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegenschaft der Zahlstelle Vlerfen.

Unserem lieben Vertrauensmann und Kollegen Albert Schnoor (in Firma Hamburger u. Bredingmann) und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer am 23. Dezember stattgefundenen Vermählung.
Die Zahlstelle Pforzheim.

Dankfagung.

Für die überaus zahlreichen Beileidbezeugungen und die herzliche Anteilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, sage ich allen Kolleginnen und Kollegen auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.

Hannover, im Dezember 1926.

Joseph Wambacher.

Beantwortlich: Nr. Redaktion: A. Schütz, Charlottenburg, Westendstr. 16
Verleger: Amt Berlin 125, Berlin, S. Ebnahl, Charlottenburg
Zust.: Barbara Buchdrucker und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.